Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 348 — Jahrgang 212

Bezugspreis: für Halle und Vororte monatlich Mk. 1,50, vierteljährlich Mk. 4,50 frei Haus. Durch die Post monatlich Mk. 1,65, vierteljährlich Mk. 4,95 außer Postgeld.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe

Sonnabend, 19. Juli

Anzeigenpreis: Die 7gesp. 38 mm breite mm-Grundzeile 20 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 60 ₰. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Der Stettiner Generalstreik beendet

Neueste Tagesnachrichten

* Der Belagerungszustand in Stettin ist aufgehoben. Generalstreik und Abwehrstreik ist beendet.

* Die Halleschen Buchdrucker beschlossen, am Montag zu streiken.

* Die Halleschen Holzarbeiter beschlossen, wenn ihre Forderungen nicht bewilligt würden, in den Ausstand

* In der Nationalversammlung wurde über den Artikel „Bildung und Schule" beraten.

* Im Preußenparlament wird die Aufhebung der Ortsschulaufsicht angenommen.

* Der Landarbeiterstreik greift auf Schlesien über.

* Die Blockade gegen Rußland soll aufgehoben werden.

Das Ende des Generalstreiks

Stettin, 18. Juli.

Die Verhandlungen im Oberpräsidium zu Stettin am 17. Juli haben Uebereinstimmung der Vertreter der Zivil- und Militärbehörden mit den Vertretern der Bevölkerung dahin ergeben, daß gegenwärtig ein Grund zur Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes in der Provinz Pommern nicht besteht. Die Kommissare des Staatsministeriums, Unterstaatssekretär Meyer und Krezginki, haben infolgedessen kraft der ihnen erteilten Vollmacht namens der Staatsregierung den über Teile der Provinz verhängten Belagerungszustand aufgehoben. Hierdurch entfallen die Maßnahmen, die auf Grund des am 12. Juli verhängten vorläufigen Belagerungszustandes und der demgemäß ergangenen Verordnungen ergriffen sind, in Sonderheit etwaige Verhaftungen. Es wird ferner darauf hingewirkt werden, daß Verurteilungen auf Grund des beseitigten Belagerungszustandes wegen politischer Vergehen im Hinblick auf die Angemessenheit eines Straferlasses nachgeprüft werden. Gleichzeitig ist im Einverständnis mit den Vertretern des Generalkommandos die Zusicherung gegeben worden, daß in Zukunft Maßnahmen von der Bedeutung des Belagerungszustandes nicht ohne Zustimmung der Zivilbehörden und im Benehmen mit den Vertretern der Arbeiterschaft getroffen werden. Die Kommissare glaubten sich hierzu um so eher entschließen zu können, als die Vertreter der Arbeiterschaft die sofortige Aufhebung des Generalstreikes zugesagt haben. Es wurde auch insbesondere von ihnen anerkannt, daß nach dem Abschluß von Tarifverträgen die beiden Parteien gebunden sind, jeden Tarifbruch zu verwerfen, und daß er namentlich während der Erntezeit ein Vergehen gegen die Gesamtheit ist. Zur Ueberwachung der Innehaltung der Tarifverträge und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten werden unverzüglich Schlichtungsausschüsse auf Grund des Gesetzes vom 23. Dezember 1916 eingerichtet werden, soweit es noch nicht geschehen ist. Den Landräten ist es aufgegeben, über das diesserhalb Veranlaßte spätestens bis zum 10. August zu berichten. Die Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben sich schon bei den Vorbereitungen zu beteiligen. Der Bürgerstreik ist als beendet erklärt worden.

Seit heute nachmittag sind die Läden teilweise wieder geöffnet. Die Straßenbahn hat den Verkehr wieder aufgenommen. Das Wasserwerk ist bereits seit heute früh wieder in Betrieb, nachdem es militärisch besetzt worden war. Der Dampferverkehr nach den Seebädern wird am Montag früh wieder aufgenommen.

Frankreichs militärische Sicherstellung

Versailles, 18. Juli.

Vor dem Friedensausschuß der Kammer behandelte Clemenceau gestern die Frage der militärischen Sicherheiten für Frankreich am linken Rheinufer und erklärte, Marschall Foch habe vorgeschlagen, Brückenköpfe am Rhein zu errichten, die von den Ententetruppen gehalten werden sollten. Er betonte, daß der Oberbefehlshaber der alliierten Armeen jede mögliche Freiheit gehabt habe, sich zu erklären, sei es persönlich oder schriftlich, und daß er sich vor dem Viererrat, vor der Konferenz und dem Ministerrat ausgesprochen habe. Das, was der Friedensvertrag vorsehe, genüge für Frankreichs Sicherheit, selbst ohne Brückenköpfe, die Frankreich schließlich selbst hätte besetzen müssen, und die auch politische und militärische Schwierigkeiten nach sich gezogen haben würden. Nach seiner Ansicht gebe die vorgesehene militärische Hilfe Englands und Amerikas im Falle einer deutschen Herausforderung Frankreich genügend Sicherheit. Wenn diese Sicherheiten schon im August 1914 vorhanden gewesen wären, wäre es nach seiner Meinung nicht zum Kriege gekommen. Die Sicherheit sei so groß, daß Frankreich durch Gesetz die militärische Dienstzeit auf ein Jahr herabsetzen könne. Der Ministerpräsident erklärte sich schließlich bereit, die beiden Fochschen Briefe, sowie den Text des Einspruches, den Marschall Foch am 6. Mai in der Vollsitzung der Friedenskonferenz hinsichtlich der militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages erhoben habe, dem Ausschuß zur Verfügung zu stellen. Clemenceau weigerte sich aber, die Protokolle der Friedenskonferenz auszuliefern. Die beiden letzteren Mitteilungen bringt der „Matin" im Anschluß an den amtlichen Bericht über die gestrige Sitzung, aber mit einer Zensurlücke von etwa zehn Zeilen, und berichtet, zum Schluß wären der Abgeordnete Marin und Clemenceau scharf zusammengestoßen, weil Clemenceau auf verschiedene Fragen militärischer und finanzieller Art nicht habe antworten wollen. Clemenceau habe erklärt:

Ich habe mich mit allen Ihren Kollegen, die zu mir gekommen sind, in meinem Kabinett unterhalten. Ich habe Ihnen nichts verheimlicht. Als Chef der Regierung habe ich nach der Verfassung die Pflicht, Verträge abzuschließen und sie im Parlament zu vertreten. Ich habe meine Pflicht getan, tun Sie die Ihrige!

Nachdem Clemenceau die Ausschußsitzung verlassen hatte, berichtete René Bérard über die deutschen Kolonien. Die französische Regierung hat beschlossen, die Jahresklasse 1909 der Marine ab 30. Juli, die Jahresklasse 1910 vom 10. bis 20. August, die Jahresklasse 1911 vom 20. bis 30. August zu entlassen.

*

Frankfurt a. M., 18. Juli.

Die Baseler Agence Centrale meldet aus Paris: Der Fünferrat beschloß als Folge der Beendigung der deutschen Blockade die Aufhebung der Blockade gegen Rußland, ob auch für bolschewistische Gebiete, steht noch nicht fest.

Gegen den Völkerbund

Amsterdam, 18. Juli.

Englischen Blättern vom 16. Juli zufolge meldet Reuter aus Washington: Der Republikaner Norris hat im Senat eine Rede gegen den Völkerbund gehalten, in der er erklärte, Japan habe von Großbritannien, Frankreich, Italien und Rußland zu Beginn 1917 geheime Zusicherungen bezüglich Schantung erhalten. Der britische Botschafter von Tokio versprach Japan im Februar 1917 im Auftrag für Japans Unterstützung die britischen Ansprüche auf gewisse deutsche Inseln im Stillen Ozean und die Unterstützung seiner Ansprüche auf Schantung. Frankreich sagte eine ähnliche Unterstützung zu, wenn Japan dem Abbruch der Beziehungen zwischen China und Deutschland zustimme. Norris sagte, die Ratifikation des Völkerbundvertrages mit einer derartigen Entscheidung über die Schantungfrage würde die schwärzeste Seite der Geschichte des amerikanischen Volkes sein.

Kriegsgefangene und Wiederaufbau

Berlin, 18. Juli.

Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, hat in den Versailler Verhandlungen über den Wiederaufbau Frankreichs der französische Vorsitzende der Kommission, Loucheur, erklärt, daß im Gegensatz zu Meldungen der französischen Presse die französische Regierung die Frage der Kriegsgefangenenauslieferung nicht mit der des Wiederaufbaues verknüpft. Es wäre also nicht zu befürchten, daß die Heimbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen von der Lieferung freier deutscher Arbeiter abhängig gemacht wird.

Klagen der linksrheinischen Bevölkerung

Auf Einladung der Reichsregierung traten die Abgeordneten der Nationalversammlung sowie der preußischen, bayerischen, badischen und hessischen Landesversammlungen, die in den besetzten rheinischen Gebieten gewählt sind, zusammen, um einen Bericht des Vorsitzenden der deutschen Kommission über die Ausführung des Abkommens betreffend militärische Besetzung der Rheinlande, des Unterstaatssekretärs Dr. Lewald, entgegenzunehmen. An der Hand des sogleich mit dem Friedensvertrage ratifizierten Abkommens entwickelte Dr. Lewald die Forderungen, die er der in Versailles unter dem Vorsitz des Minister Loucheur stehenden Kommission der Besatzungsmächte gestellt hatte. Sie fanden die einmütige Zustimmung der Erschienenen.

In der Diskussion wurden von Rednern aller Parteien über die schweren Bedrückungen der linksrheinischen Bevölkerung die bittersten Klagen erhoben und die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß es gelingen würde, die Ausführung des Abkommens so zu gestalten, daß insbesondere der freie Verkehr zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet wiederhergestellt und die staatsbürgerlichen und bürgerlichen Rechte frei ausgeübt werden können. Reichsminister Dr. David legte die Aufgaben des Reichskommissars dar und forderte zur Bildung des diesem beigegebenen parlamentarischen Beirats auf.

Nach längerer Debatte einigten sich die Erschienenen dahin, daß der Beirat aus 18 Mitgliedern bestehen soll, von denen sieben der Zentrumspartei, vier der sozialdemokratischen, drei der demokratischen, zwei der Deutschen Volkspartei und je einer der Deutschnationalen Volkspartei und der Unabhängigen Partei angehören solle. Für jedes Mitglied des Beirats wird gleichzeitig ein Vertreter bestellt, der im Behinderungsfalle des Hauptmitgliedes einzuberufen ist. Aufgabe des parlamentarischen Beirates ist, den Reichskommissar über die Wünsche und Anschauungen der Bevölkerung der besetzten Gebiete zu unterrichten und ihn bei seinen Maßnahmen zu unterstützen.

Warum der Schandfrieden unterzeichnet werden mußte

erfahren wir jetzt durch ein von der Regierung an alle Straßenecken geklebtes Plakat. Die Entschuldigung des Herrn Erzberger, weshalb er Deutschland widerspruchslos und unverzüglich der Schmach und Zerstückelung ausliefern zu müssen glaubte, läßt sich danach kurz in die Worte fassen: „Weil ein Pariser Winkelblatt bramarbasiert hat und seine Drohungen der rot-schwarzen deutschen Reichsregierung in die Glieder gefahren sind." Um sich nachträglich zu rechtfertigen, läßt diese Regierung auf Staatskosten — denn es ist nicht anzunehmen, daß das Pariser Winkelblatt die großartige Reklame selbst bezahlen kann — die Straßenpassanten an dem Gruseln teilnehmen, das ihr selbst so graulich die Eingeweide erschüttert hat. Auf drei nebeneinander geklebten Bogen erklärt die Schmachfriedenmehrheit, sie habe keinen anderen Ausweg gehabt als unverzüglich zu unterschreiben, davon könne sich jeder Unbefangene durch einen Blick auf die nebenstehend in Originalgröße abgebildete Titelseite des Pariser Boulevardblattes „L'Excelsior" überzeugen. Wer ist der „Excelsior?" Ein Pariser Blatt ohne die mindeste politische Bedeutung, das sich lediglich durch sensationelle Abbildungen einen Absatz im Straßenverkauf zu sichern versucht. Was just in aller Munde ist, das begleitet der „Excelsior" mit mehr oder minder guten Abbildungen, heute den Prozeß gegen den dreizehnfachen Frauenmörder Landru, morgen die Spionageaffäre Toqué, übermorgen seitenaroß den Blumenstrauß, den die Rosenzüchter von Nizza Frau Wilson überreicht haben uff. Und so hat eines Tages dieser „Excelsior", als er gerade keine andere Sensation auf der Pfanne hatte, ein fabelhaftes Phantasiebild vom Einmarsche der Ententetruppen in Deutschland entworfen. Der Franzose, der Engländer und der Amerikaner rücken mit fliegenden Fahnen über den Rhein bis in das Herz Deutschlands. So zeichnete irgend ein mit Einbildungskraft begabter Angestellter der „Excelsior"-Redaktion die Weltgeschichte, wie er sie gern fürs Morgenblatt haben wollte, während gleichzeitig kanadische und australische Kontingente ihre Einschiffung gewaltsam erzwangen, Amerikaner meuternd ihre Lager in Brand steckten, der französische Bergarbeiterstreik sich in einen Generalstreik auszudehnen drohte, Italien die Friedenskonferenz schmollend verließ, die italienischen, französischen und englischen Sozialisten einen internationalen Generalstreik als Protest gegen die Versailler Bedingungen erwogen, England gegen Wilson wegen dessen angeblicher Beginstigung der Iren ausfällig wurde, China erklärte, daß es den Frieden nie unterzeichnen würde und der amerikanische Senat den Feldzug gegen die Ratifikation begann. Wie weit uns diese Umstände helfen konnten, das zu ertasten war Aufgabe einer geschickten, starknervigen Politik. Statt dessen beeilte sich die Reichsregierung, die Zerstückelung Deutschlands bedingungslos zu unterzeichnen. Ein Sensationsbild in einem Pariser Winkelblatt hatte sie heillos ins Bockshorn gejagt. Erfreulich ist nur, daß die Erzbergersche Reichsregierung jetzt selbst für die Annalen der Weltgeschichte festgestellt hat, warum sie unterzeichnen mußte: Weil der Pariser „Excelsior" (!), hört es, ihr Leute drinnen und draußen, der Pariser „Excelsior" (!), Deutschland bedroht hatte!

Nein, man darf den Unterzeichnern keinen Vorwurf machen. Nur Mitleid wollen wir haben mit diesen Regierenden und mit dem armen deutschen Volke, das in seiner schwersten Stunde von Männern geführt wurde, die vor einem Sensationsbilde eines Pariser Witzblattes das kalte Blut und die Besinnung verloren, und die das nachträglich noch als ihre Rechtfertigung in alle Richtungen der Windrose posaunen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191907191-17/fragment/page=0001

Bildung und Schule

Nationalversammlung

Fortsetzung der Vormittagssitzung.

Abg. Schulz (Soz.): Der Grundsatz des Kompromisses ist Freiheit im Denken und in der Weltanschauung, keinerlei Vergewaltigung der Eltern und Erziehungsberechtigten durch einen Mehrheitsbeschluß. Für uns Sozialdemokraten kommen in der Schulfrage drei wichtige Grundsätze in Frage: die Weltlichkeit, die Einheitlichkeit und vor allen Dingen die Einbeziehung der Arbeit in den Plan und Geist der Erziehung. Wir haben sie nicht restlos durchsetzen können. Aber wir sind schon damit zufrieden, daß wenigstens das Prinzip festgelegt worden ist. Zum Schluß wendet sich Redner gegen die Anträge der Unabhängigen und empfiehlt die Annahme des Schulkompromisses. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Gröber (Ztr.): Wir haben uns im Ausschuß einmütig für die soziale Einheitsschule ausgesprochen. Bezüglich des Religionsunterrichts ist es schon im Ausschuß gelungen, eine Lösung zu finden, die wir als eine ausreichende und genügende anzuerkennen vermocht haben. Die zwei übrigen Hauptfragen, Konfessionalität der Schule und Privatschulen, dagegen sind erst durch das Kompromiß einer Lösung entgegengeführt worden, der wir zuzustimmen in der Lage sind. Möge es uns gelingen, die Schule auf die Höhe zu bringen, die die Grundlage für die Wiedergeburt des deutschen Volkes sein muß. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Seyfert (Dem.): Ziel unserer Erziehung muß die Stärkung der sozialen und der Staatsgesinnung sein. Die Standesschule, die ungerecht und unwahrhaftig gewesen ist, muß fallen, und auch für den Armen, Tüchtigen die Bahn frei gemacht werden. Wir treten dafür ein, den Volksschullehrern die Wege zur höheren Bildung freizumachen. (Beifall links.) Das Schulkompromiß hat zu unserm größten Bedauern die Aufrichtung der staatlichen Gemeinschaftsschule gehindert. Wir lehnen für das Ergebnis die Verantwortung ab und betonen gleichzeitig, daß wir unsere Ausschaltung als schwerlich empfunden haben. (Zuruf bei den Soz.: Nicht unsere Schuld!)

Abg. Traub (Deutschnational): Darüber sind wir wohl einig, daß wir eine deutsche Schule haben wollen, der wir alles undeutsche fern halten müssen. (Sehr richtig! rechts.) Wir sind der alten Schule dankbar für den Geist, in dem sie uns erzogen hat. Belastet man die Schule mit zu vielen Aufgaben. (Sehr richtig! rechts.) Das Kompromiß ist unnatürlich. Wir halten die ursprüngliche Regierungsvorlage für besser und das Kompromiß für eine Verschlechterung. Es bedeutet die Zertrümmerung des einheitlichen, nationalen Schulwesens. Es wird ein fessellosser Kampf ohnegleichen um die Konfessionsschule entbrennen, so viel ist dunkel in dem Gesetz enthalten. Was ist ein Erziehungsberechtigter? Der Begriff ist nur zu unklar. Nur zu oft wird persönliche Bevürgerung die Entscheidung des Erziehungsberechtigten bestimmen, nicht aber Grundsätze. Augenscheinlich soll in die künftige Schule eine einheitliche sozialistische Weltanschauung hineingetragen werden. Es soll vor allem auch die Bildung deutscher Privatschulen beeinträchtigt werden. In Berlin wird jetzt die Geschichte der Revolution gelehrt. Vielleicht erfahren wir so, wie sie zustande gekommen ist und wie viel Geld sie gekostet hat. Die Zusammensetzung des Hauses beweist, daß das deutsche Volk nichteinheitlich sozialistisch ist. Infolgedessen darf es seine Erziehung auch nicht sein.

Abg. Ari (Ztr.): Die Verfassung sieht die achtjährige Schulpflicht vor. In der Richtung wären Erleichterungen bezw. Uebergangsbestimmungen zu treffen. Auch die Ausdehnung des Fortbildungsschulunterrichts bis zum 18. Jahre ist nicht notwendig.

Unterstaatssekretär Schulz: Die Fortbildungsschulpflicht muß, wenn natürlich auch mit aller Schonung, durchgeführt werden. Zweifel über den Begriff des Erziehungsberechtigten dürfen nicht bestehen. Die Frage wird aufgeklärt werden. Eine staatliche Einheitsschule werden wir nicht haben, solange der Charakter des gesamten Reiches nicht einheitlich ist. Eine staatliche Gemeinschaft gibt es nicht, weil eine geistige Gemeinschaft der Art nicht besteht. Was wir erstreben, ist eine Verbindung zwischen Schule und Elternhaus herbeizuführen und damit auch den Kampf zwischen Eltern und Lehrern ein- für allemal aus der Welt zu schaffen. (Beifall.)

Um ½2 Uhr wird die weitere Beratung auf 4 Uhr vertagt.

Nachmittags-Sitzung

Am Regierungstische: Dr. David, Dr. Preuß, Noske, Dr. Bell.

Vizepräsident Haußmann eröffnet die Sitzung um 4 Uhr 10.

Die Beratung über den Verfassungsentwurf wird bei dem Kapitel „Bildung und Schule" fortgesetzt.

Abg. Beuermann (D. Vpt.): Ueber die Kompromißfassung haben alle Redner gesagt, daß durch sie ein Kampf auf dem Gebiete der Schule entbrennen müßte. Die Regierung erklärte allerdings, daß das Kompromiß den Kampf entgiften würde. Wir aber glauben, daß seine Verschärfung die Folge ist. Wir treten dafür ein, daß die Bekenntnis- und die Simultanschulen, wo sie geschichtlich begründet sind, erhalten bleiben. Im übrigen wünschen wir aber, daß alle Parteien auf einem gemeinsamen Boden an dem Schulaufbau arbeiten. Er ist gegeben mit der Erziehung zum Deutschtum in sozialem Sinne. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Kunert (U. S.): Wir verlangen volle Einheitlichkeit, Unentgeltlichkeit und Weltlichkeit der Schule. Was uns die Vorlage auf dem Wege zu diesem Ziele bringt, ist nichts weiter als ein Brückchen, als eine winzige Abschlagszahlung. Die Sozialdemokratie ist stets für die Weltlichkeit der Schule eingetreten, und heute ist die Mehrheitssozialdemokratie drauf und dran, dieses Prinzip preiszugeben und die Schule an das Zentrum zu verschachern. (Sehr richtig! bei den Unabh.).

Abg. Dr. Philipp (Deutschnational): Das Schulkompromiß wird mit das Ende des Schulkampfes, sondern der Anfang eines neuen Schulkampfes sein, der in die Schule hineingetragen wird. Auf die Notwendigkeit des staatsbürgerlichen Unterrichts auf volkstümlicher Grundlage hat zuerst Kaiser Wilhelm II. hingewiesen, aber dieser Gedanke soll jetzt im Sinne der Revolution umgebogen werden. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Luppe (Dem.): Das Kompromiß ist juristisch unklar. Das ist ein großer Fehler des Kompromisses, daß es nicht die konfessionelle Versöhnung herbeiführt, sondern vom ersten Tage an die Konfessionen scheidet. (Beifall bei den Dem.).

Abg. Frau Blos (Soz.): Die weltliche Schule, um die wir seit Jahrzehnten kämpfen, ist infolge des Schulkompromisses möglich geworden. Wichtig ist die Mitwirkung der Erziehungsberechtigten. Darin liegt gerade der Fortschritt der Toleranz.

Abg. Rheinländer (Ztr.): Die neue Schule wird Freude an der Arbeit wecken und pflegen. Die Kirche erhält wieder den Einfluß, der ihr von rechtswegen gehört, soweit er sich mit dem neuen Staatsgeist verträgt. Wir glauben an unsere Zukunft, und die Schule wird das Beste dazu tun.

Abg. Katzenstein (Soz.): Verwunderlich ist die Angst gerade der Demokraten vor der Entwicklung. Wenn den Demokraten dies und jenes an dem Kompromiß nicht gefällt, so haben sie doch kein Recht zu Vorwürfen gegen uns. Die Demokraten haben sich in der schwersten Stunde unseres Volkes der politischen Verantwortung entzogen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.) Daß sie uns alle Konsequenzen aus der traurigen Lage unseres Volkes aufgeladen, ist zwar für die Demokraten bequem, sollte sie aber vom Vorwürfen gegen uns zurückhalten. (Lebhafter Beifall.) Aber ich stehe nicht an zu erklären: selbst wenn wir die absolute Mehrheit in diesem Hause hätten, müßten wir der Gesinnung anderdenkender Teile unseres Volkes Rechnung tragen. (Lebhafter Beifall im Zentrum.) Wir wollen keinen neuen Kulturkampf, schon in Rücksicht auf die Vereinheitlichung der gesamten Arbeiterbewegung, um sie stark zu machen im Kampfe für eine höhere soziale Ordnung. (Unruhe rechts.) Der Kampf der Geister geht weiter. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Haase (U. S.): Die Herren Mehrheitssozialisten geben von dem Erfurter Programm ein Stück nach dem andern preis. Dieses Kompromiß bedeutet eine glatte Unterwerfung unter das Zentrum. Was Sie hier treiben, ist nichts weiter, als daß Sie den Geist der Finsternis wieder aufleben lassen. (Beifall bei den Unabhängigen.)

Abg. Hofmann (Ztr.): Die Konfessionsschule soll nicht den Haß schüren, sie soll die Versöhnung predigen.

Abg. Weiß (Dem.): Sie (zu den Sozialdemokraten) haben das Kompromiß wieder fallen lassen, das im Ausschuß unter Mitwirkung sämtlicher Parteien zustande gekommen ist, weil eine andere Parteigruppierung eingetreten war, und weil das Zentrum in sehr kluger Weise die Situation ausgenutzt hat, um noch mehr Zugeständnisse für sich herauszuholen. (Sehr richtig! bei den Demokr.). Bei der Stellung, die wir zur Friedensfrage einnehmen, konnten wir nicht in der Regierung bleiben. Das wäre eine innere Unwahrheit und eine politische Charakterlosigkeit gewesen. (Sehr richtig! und Zustimmung bei den Demokraten.)

Damit schließt die Besprechung. Vor der Abstimmung bezweifelt Abg. Luppe (Dem.) die Beschlußfähigkeit.

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 218 Mitgliedern. Das Haus ist also beschlußfähig.

In der Abstimmung wird zunächst der Antrag Heinze, in der Ueberschrift des Abschnittes statt „Bildung und Schule" zu sagen „Bildung und Erziehungswesen" abgelehnt.

Die Artikel 139 (Freiheit von Kunst, Wissenschaft und Lehre), 140 (öffentliche Bildungsanstalten), 141 (Staatsaufsicht) und 142 (allgemeine Schulpflicht) werden in der Ausschußfassung angenommen.

Auf Antrag Katzenstein mit der Hinzufügung zu Artikel 142, daß nicht nur in den Volksschulen, sondern auch in den Fortbildungsschulen Unterricht und Lehrmittel unentgeltlich sind.

Die Artikel 143—146 werde in der Fassung des Kompromisses nach dem Antrage Löbe-Gröber gegen die Stimmen der beiden rechtsstehenden Parteien, der Demokraten und der Unabhängigen angenommen.

Alle übrigen Abänderungsanträge werden abgelehnt.

Nachdem schließlich Artikel 147, der den Denkmalsschutz bestimmt, angenommen ist, wird die weitere Beratung vertagt.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte einigt sich das Haus auf Beendigung der Verfassungsberatung auf Montag und Dienstag.

Die große politische Aussprache beginnt am Mittwoch mit den Reden der Minister.

Nächste Sitzung Sonnabend 9½ Uhr: Kleinere Vorlagen.

Die große politische Aussprache

Weimar, 18. Juli.

Der Aeltestenausschuß der Nationalversammlung beschloß in seiner heutigen Sitzung, am Dienstag die programmatischen Erklärungen des Ministerpräsidenten und des Reichsministers des Aeußern entgegenzunehmen für den Fall, daß Aussicht besteht, die zweite Lesung des Verfassungsentwurfs am Montag zu Ende zu bringen. Sollte nach dem Gange der Verhandlungen diese Wahrscheinlichkeit nicht eintreten, soll die zweite Lesung des Verfassungsentwurfs unterbrochen und bereits am Montag in die große politische Aussprache eingetreten werden. Am Sonnabend werden lediglich kleinere Vorlagen zur Beratung stehen. Bei dem ausgedehnten Arbeitsprogramm der Nationalversammlung wird mit der Möglichkeit einer Tagung bis Ende August gerechnet.

Deutsche Sühne

Berlin, 18. Juli.

Die Antwort der deutschen Regierung auf die Note des Marschalls Foch wegen der Tötung des Sergeanten Manheim ist bereits abgegangen. In dieser Note wird darauf hingewiesen, daß einem Teil der französischerseits aufgestellten Forderungen, insbesondere der Forderung wegen Einleitung des Untersuchungsverfahrens gegen die Täter, wegen Entschädigung und wegen Uebernahme der Kosten der Beerdigung bereits vor Eingang der französischen Note Genüge geleistet worden ist. Für die Familie des Getöteten wird der Entschädigungsanspruch, obwohl die Reichsverpflichtung nicht besteht, aus Entgegenkommen zugestanden. Dagegen lehnt die deutsche Regierung die verlangte Bestrafung der Stadt Berlin mit einer Kontribution von 1 Million Franken als völkerrechtswidrig ab. Für den Fall, daß sich die französische Regierung dem deutschen Regierungsstandpunkt nicht anschließt, wird jedoch angeboten, diese Frage einem gemischten Schiedsgericht zu unterbreiten.

Gegen den Kaiserprozeß

(Eigene Drahtmeldung der „H. Z.")

Rotterdam, 18. Juli.

Holländische Meldungen besagen, daß die „Chicago Trabune" aus Paris erfährt, die japanischen, italienischen und amerikanischen Delegierten hätten sich öffentlich gegen den Kaiserprozeß ausgesprochen. Frankreich stehe dieser Frage gleichgültig gegenüber.

Westpreußen

(Von unserem hl-Sonderberichterstatter.)

Thorn, 18. Juli.

Nach einer hierher gelangten Nachricht besteht an der Berliner Reichsstelle die Absicht, eine Reichsprovinz unter dem alten Namen „Westpreußen" wieder erstehen zu lassen, zu deren Bildung außer den deutschbleibenden Kreisen Deutschkrone, Flatow, Schlochau noch Teile von Pommern sowie die deutschbleibenden Gebiete der Provinz Posen genommen werden. Dadurch würde eine große Anzahl der durch die Gebietsabtrennung frei werdenden Beamten Verwendung finden.

Oberschlesien

(Eigene Drahtmeldung der „H. Z.")

Breslau, 18. Juli.

Die oberschlesische Frage ist in ein neues Stadium getreten. Wie die „Schlesischen Wirtschaftsnachrichten" hören, hat sich die Reichsregierung grundsätzlich auf den Standpunkt gestellt, daß die Schaffung eines Oberschlesischen Freistaates zu begünstigen ist. Innerhalb der preußischen Regierung ist diese Frage zum Gegenstand lebhafter Beratungen gemacht worden. Von Seiten des Zentrums soll durch eine Anfrage in der Preußischen Landesversammlung eine Entscheidung zur Schaffung einer Provinz Oberschlesien herbeigeführt werden.

Auch in der Bevölkerung Oberschlesiens hat sich ein neuer Impuls zur Erhaltung eines selbständigen Oberschlesiens wirksam durchgesetzt. Nach provisorischer lokaler Abstimmung und Feststellung in Versammlungen und Kundgebungen haben sich bereits mehr als 1½ Millionen der oberschlesischen Bevölkerung für ein Verbleiben beim Deutschen Reich ausgesprochen.

Landarbeiterstreik in Schlesien

Breslau, 18. Juli.

Die Streikbewegung der Landarbeiter scheint sich durch kommunistische Hetze auf Schlesien auszudehnen. Im Kreise Sagan sind unter der Landarbeiterschaft Angeichen dafür vorhanden. Die Behörden nahmen den Haupträdelsführer, einen deutsch-russischen Landarbeiter fest. Sie verhaftete außerdem mehrere Genossen desselben, die auf den Dörfern Niederschlesiens zum Streik hetzten. Von Saganer amtlicher Stelle sind umfassende Maßnahmen zur Unterdrückung der Bewegung eingeleitet worden.

Regierungsmaßnahmen für den 21. Juli

Ueber die Maßnahmen der Regierung für die am Montag in Berlin zu erwartenden großen Demonstrationen der Arbeiterschaft erfahren wir folgendes: Nach den bestehenden Bestimmungen dürfen vorher angemeldete Versammlungen in geschlossenen Räumen, Sälen und dergleichen ungehindert stattfinden, dagegen sind innerhalb des Weichbildes von Berlin alle Demonstrationszüge und Versammlungen unter freiem Himmel untersagt. In den Vororten hat dieses Verbot keine Gültigkeit. Es sind also dort Massenveranstaltungen gestattet und es kann erwartet werden, daß diese Erlaubnis, besonders in den nördlichen und östlichen Vororten, kräftig ausgenutzt werden wird.

Die Ortsschulaufsicht aufgehoben

Preußenparlament

Berlin, 18. Juli.

Vizepräsident Frentzel eröffnet die Sitzung um 12 Uhr.

Zur zweiten Beratung steht der Entwurf zur Aufhebung der Ortsschulinspektoren.

Abg. Dr. Porsch (Ztr.): Wir sind mit der Aufhebung einverstanden, falls der Einfluß der Kirche auf die Schule in anderer Weise gewahrt bleibt.

Abg. Frau Arendsee (U. S.): Wir sehen in dem Gesetz nur eine Abschlagszahlung auf dem Wege zur freien Schule.

Abg. Freiherr von Wangenheim (Welfe) äußert sich im Sinne von Dr. Porsch.

§ 1, Aufhebung der Ortsschulaufsicht, wird einstimmig angenommen.

§ 2 ermächtigt die Aufsichtsbehörden, die Geschäfte der bisherigen Ortsschulinspektoren auf andere Behörden oder Fachleute zu übertragen. Dazu liegen die von Dr. Porsch angekündigten Anträge vor. Sie fordern die Begründung von Schulbeiräten, bestehend aus Eltern, Lehrern und Geistlichen, und ferner die Erteilung der den Religionsunterricht erteilenden Geistlichen zu Mitgliedern des Lehrerkollegiums.

Abg. Neumann-Königsberg (Soz.): Wir halten in der Schulfrage am unseren Grundsätzen fest. (Unruhe im Zentrum.)

Abg. Kimpel (Dem.): Wir sind gegen die Anträge.

Abg. Hollmann (D. Vpt.): Wir stimmen für den Schulbeiratsantrag des Zentrums. (Hört! hört! links.)

§ 2 und der Rest des Gesetzes wird unter Ablehnung der Anträge in der Ausschußfassung angenommen.

Darauf wird die Vorlage in dritter Lesung und in der Gesamtabstimmung gegen das Zentrum und einen Teil der Rechten angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfs zur vorläufigen Regelung verschiedener Punkte des Gemeindeverfassungsrechts, Neuwahlen der Gemeindevorstände, Amtsvorsteher usw.

Die Vorlage wird im ganzen angenommen.

Anträge zur Förderung des Volkshochschulwesens gehen an den Haushaltungsausschuß.

In zweiter und dritter Beratung angenommen wird der Gesetzentwurf zur Sicherung der Bewirtschaftung von Fischgewässern, ebenso in der Gesamtabstimmung.

Darauf wird die zweite Beratung des Etats des Ministeriums des Innern fortgesetzt.

Abg. Dr. Leidig (D. Vpt.): Ich wundere mich, daß weder der Minister noch seine Kommissare hier sind. Das Ministerium scheint also den Verhandlungen der souveränen Landesversammlung keine sehr hohe Bedeutung beizumessen. Die jetzige Koalitionsregierung scheint nur das System zu haben, Ministersessel nach einem gewissen Proportionalrecht zu verteilen. Von Einheitlichkeit in der Regierung kann nicht die Rede sein. Das ist völlige Regierungsanarchie. Auch die Uebereinstimmung der Politik, in Preußen und im Reiche, ist in die Brüche gegangen. Da nach der Notverfassung die vollziehende Gewalt ausschließlich der Landesversammlung zusteht, so existieren Arbeiter- und Soldatenräte für uns nicht. Der Minister ist also auch gar nicht in der Lage, irgendwo kommunale Arbeiterräte zu gestalten. Um die zwangswirtschaftlichen Vorschriften kümmern sich vielfach weder Publikum noch Behörde. Wir stehen mitten im Verfall unseres bis zum 9. November noch so seinefügsamen Staatslebens. Die Regierung hat die Pflicht, mit allen Mitteln Ordnung zu erhalten. Auch wir erkennen an, daß in der Verwaltung weitgehende Demokratisierung platzgreifen muß. Aber wir wollen Bewährtes erhalten, insbesondere auch die Ehrenämter in der Selbstverwaltung. Die allgemeine Wehrpflicht ist eine demokratische Pflicht, die Sie preisgegeben haben. (Zurufe links: Es war hohe Zeit!) Originalität fehlt der Regierung vollständig bis auf die des Zerschlagens und Zertrümmerns. Was soll man dazu sagen, daß diese souveräne Versammlung bis jetzt noch keine offizielle Nachricht davon hat, daß in den nächsten Tagen große Teile Preußens mit 6 Millionen Einwohnern aus unserem Staatsverband ausscheiden? Der Wiederaufbau Deutschlands ist nur möglich, wenn Sie sich endlich der internationalen Gedanken entschlagen. (Beifall rechts.)

Es tritt eine Pause bis 7½ Uhr ein.

Schluß 6¾ Uhr.

Deutsches Eigentum in Belgien. Laut „Telegraaf" hat der belgische Sozialistenführer und Minister Van der Velde auf eine Anfrage des Brüsseler „Soir", was mit dem Eigentum der Deutschen in Belgien geschehen solle, wenn der Friede ratifiziert sei, erwidert, daß der deutsche Grundbesitz, wie zum Beispiel die riesigen Wälder von Ahrenberg, in den Besitz des belgischen Staates übergehe. Das kleinere Eigentum werde seinen deutschen Besitzern zurückgegeben werden.

Das Ruhegehalt der hessischen Minister. Die hessische Volkskammer nahm ein Gesetz über das Ruhegehalt der Minister an, wonach die Minister nach sechsmonatiger Amtstätigkeit ein Ruhegehalt von mindestens 50 Prozent des Gehaltes beziehen. Die Kammer vertagte sich dann bis Oktober.

Geplanter Seeleutestreik? Dem Pressebüro Radio zufolge berichtet die „New York Tribune", man habe entdeckt, daß die International Workers of the World mit der russischen Sowjetregierung in der Absicht verhandelt habe, am 1. September in sämtlichen Häfen der Welt einen Streik hervorzurufen, um die ganze Schiffahrt lahmzulegen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191907191-17/fragment/page=0002

Halle und Umgebung

Halle, 19. Juli.

Ausstand der Holzarbeiter

In einer gestern Freitag im „Volkspark" stattgefundenen Versammlung, an der etwa 400 Holzarbeiter teilnahmen, wurde beschlossen, in allen Betrieben, in denen die Forderungen (48stündige Arbeitszeit und Lohnerhöhung um 35 Pfg. pro Stunde) nicht bewilligt werden, heute, Sonnabend, die Arbeit niederzulegen.

*

Buchdruckerstreik am Montag?

Die Hallenschen Buchdrucker nahmen gestern abend in einer äußerst stürmischen Versammlung Stellung zu dem von der U. S. P. und dem Gewerkschaftskartell ausgegangenen Aufforderung zum Generalstreik am nächsten Montag. Die meisten Redner wandten sich gegen diese fortwährenden wilden Streiks, die nur ausgezettelt werden um parteipolitischer Ziele willen.

In geheimer Abstimmung wurde mit 99 gegen 86 Stimmen beschlossen, an dem Generalstreik teilzunehmen. Ueber 300 Buchdrucker nahmen an der Versammlung nicht teil, so daß die Abstimmung für die Allgemeinheit nicht maßgebend sein dürfte.

An die Angehörigen der Kriegsgefangenen

Das Generalkommando des 4. Armeekorps schreibt: Die Zeit rückt näher, in der auch für unsere Gefangenen die Befreiungsstunde schlägt und sie endlich die Heimat, deutschen Boden, nach jahrelanger Abwesenheit wieder betreten. Große Quarantänelager erwarten die rückkehrenden Transporte. In unserem Korpsbereich ist ein solches Durchgangslager in Altengrabow für 42 000 Mann und Offiziere eingerichtet worden, wo sich die ehemaligen Kriegsgefangenen im eigenen und im Interesse der Volksgesundheit drei bis fünf Tage gedulden müssen; denn eine Verschleppung von Krankheiten muß vermieden, Versorgungs- und sonstige Ansprüche geregelt, belastende Erlebnisse aus der Gefangenschaft niedergelegt werden, kurz — alles Notwendigkeiten, die im Interesse des einzelnen Kriegsgefangenen, sowie des ganzen Volkes wichtig sind. Die Zeit dafür ist sehr beschränkt worden, um die Zurückgekehrten nicht noch länger den Angehörigen fernzuhalten, umsomehr ergeht an alle Angehörigen die Mahnung: Geduldet Euch die wenigen Tage noch, belastet durch einen Besuch der Durchgangslager nicht unnötig die Bahn, und erschwert dadurch nicht die Entlassung, besonders den Abtransport der Entlassenen nach der Heimat. Eine Verlängerung der Quarantänezeit wäre die Folge. Darum nochmals: „Geduld noch die letzten wenigen Tage".

— **Frühkartoffelversorgung.** Der Magistrat schreibt: Der Stadt Halle sind von der Provinzialkartoffelstelle für nächste Woche 1000 Zentner Frühkartoffeln zugewiesen worden. Die Kartoffeln kommen natürlich nur nach und nach herein, die Bevölkerung kann daher nicht auf einmal beliefert werden. Die erste Ladung ist bereits gestern eingetroffen und kommt heute in der Talamtschule an die aufgerufenen Haushalte zum Verkauf. Sobald größere Zufuhren eintreffen, werden solche dem Handel zugeführt. Der Verkauf soll nicht auf Kundenlisten erfolgen; das Publikum wird jedoch gebeten, seine Kartoffeln möglichst da einzukaufen, wo es bisher gekauft hat, damit ein unnötiger Andrang vor den einzelnen Geschäften vermieden wird. Bevor nicht alle Besitzer von Kartoffelkarten auf Marke 55 mit 1 Pfund beliefert sind, wird eine neue Verteilung nicht angesetzt. Es wird auch wiederholt dringend darauf aufmerksam gemacht, daß in der Talamtschule nur diejenigen Haushalte zum Kaufen berechtigt sind, die aufgerufen worden sind.

— **Städtischer Verkauf von neuen Kartoffeln.** Der Verkauf beginnt am Sonnabend, den 19. Juli in der Talamtschule. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 1—4000 vormittags von 8—1 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes kann ein Pfund Kartoffeln zum Preise von 20 Pfg. abgegeben werden. Der Verkauf erfolgt gegen Vorlage des Lebensmittelscheines und der Ausweiskarte für Kartoffeleinkäufe auf den Abschnitt 55 der blauen Kartoffelkarte. Die Abgabe der Kartoffeln in der Talamtschule erfolgt nur so lange, bis größere Zufuhren eintreffen.

— **Zur Fischversorgung.** Auf Einladung des Reichskommissars für Fischversorgung waren am 16. Juli Sachverständige aus allen Zweigen der Fischwirtschaft in Berlin versammelt. Einstimmig beschlossen sie, die Reichsbehörden um schleunigste Ueberführung der Zwangswirtschaft in die freie Fischwirtschaft zu ersuchen, weil nur auf diesem Wege die Bevölkerung auf die Dauer mit ausreichender und preiswerter Fischnahrung zu versorgen sei. Es wurde eine Kommission aus Sachverständigen gebildet, die mit den Behörden die praktische Durchführung des Abbaues der Zwangswirtschaft zu beraten hat.

— **Ausgabe neuer Kohlenkarten.** Auf Grund der Bekanntmachung vom 24. April 1919 über die Kohlenversorgung für die Zeit vom 1. Mai 1919 bis 30. April 1920 wird folgendes bestimmt: 1. In der Zeit vom 21. Juli bis 24. Juli d. J. werden in den Markenausgabestellen des 1.—15. Bezirks und in der Zeit vom 25. Juli bis 2. August in den Ausgabestellen des 16.—30. Bezirks neue gelbrote Kohlenkarten ausgegeben, und zwar zum Bezuge von 5 Zentner Rohkohle. Jeder zu den genannten Bezirken gehörige Haushalt, mit Ausnahme der unter 2 genannten, erhält an dem für die Ausgabe der Marken allgemein festgesetzten Tage gegen Vorzeigen des Lebensmittelscheines eine gelbrote Karte über 5 Zentner Briketts zu Kochzwecken. Alle Kohlenhandlungen haben die anhängenden Abschnitte der bei ihnen abgegebenen Karten sofort nach Annahme mit Datum zu versehen, unterschrieben bezw. abgestempelt, abgezählt und alphabetisch geordnet der Ortskohlenstelle Montags einzureichen. 2. Haushaltungen, denen ein Bezugsschein für Briketts zum Kochen von der Grube verabfolgt worden ist, sowie Empfänger von Deputatkohlen sind zur Entnahme einer Kohlenkarte nicht berechtigt. Grubenbesitzer haben anstelle der Kochkohle bereits Grubenkohlkarten erhalten. 3. Die Kohlenhändler dürfen die neuen Karten erst beliefern, wenn die grünen Karten (1. Ausgabe) beliefert sind. Die einzelnen Abschnitte werden noch besonders aufgerufen.

— **Brennholz-Versorgung.** Die Oberförsterei Halle bietet zurzeit einzelnen Leuten Gelegenheit, im Walde in nicht kultivierten Schlägen alte Stöcke oder Stubben — Wurzeln — nach näherer Anweisung des Revierförsters Erler in Hohichtsfang bei Nietleben selbst zu roden. Nach der Rodung wird das Holz nach Raummetern abgeschätzt und kann nach Bezahlung abgeholt werden. Der Preis stellt sich auf etwa 1.50 Mk. je Raummeter. Vom 1. Oktober ab treten neue Preise in Kraft.

— **Schutz vor gefälschten Nahrungsmitteln.** Die Unterzeichnung des Friedensvertrages und die Aufhebung der Blockade sollen uns jetzt wieder in den Vollgenuß langentbehrter Nahrungs- und Genußmittel bringen. Gewissenlose Schieber und Betrüger nutzen die erhöhte Kauflust des Volkes zu ihrem Vorteil aus. In der Verfälschung der verschiedenen Nahrungs- und Genußmittel leisten sie Unglaubliches. So sind in den letzten Tagen verschiedene Fleischer mit dem Bezug von Schmalz hineingefallen; bei näherem Besehen ihrer Sendungen mußten sie entdecken, daß die Tonnen nur oberauf mit einer 2 bis 3 Finger dicken Schicht Schmalz, im übrigen aber mit Gips und Kreide gefüllt waren. Mehl und Grieß waren mit Kreide oder feinem Sägemehl vermischt, Schnupftabak enthielt 60 Prozent Sand, Kautabak bestand aus gefärbten Rüben- und Kohlblättern. Auch mit dem Rauchtabak und vor allen Dingen mit den Fleisch- und Wurstkonserven wird viel Schwindel getrieben. Beim Einkauf der Nahrungs- und Genußmittel ist größte Sorgfalt geboten, das Publikum schützt sich selbst am besten, wenn es nicht blindlings darauf loskauft, sondern die Waren beim Einkauf sich genau ansieht. Glaubt es sich betrogen, so wendet es sich am besten an die öffentlichen chemischen Untersuchungsämter oder an das städtische Nahrungsmittelunterſuchungsamt der Polizeiverwaltung, an die es die gefälschten Waren zur Untersuchung einsenden kann.

— **Keine Erhöhung des Teuerungszuschlages für Bücher.** In der letzten Hauptversammlung des Börsenvereins der deutschen Buchhändler war angeregt worden, den zurzeit für den Sortimentsbuchhandel vorgeschriebenen Teuerungszuschlag von 10% weiter zu erhöhen. Der Vorstand des Börsenvereins hat gemeinsam mit den Vorständen des Deutschen Verlegervereins, der Deutschen Buchhändlergilde u. a. eingehende Beratungen gepflogen. Es hat sich hierbei herausgestellt, daß ausreichende Unterlagen über die Hauptfrage, inwieweit im laufenden Geschäftsjahr der voraussichtliche Reingewinn durch die erhöhten Spesen, insonderheit Gehaltsspesen, auf ein unerträgliches Maß herabgedrückt wird, noch nicht vorliegen. Es wurde daher beschlossen, die Entscheidung über die Erhöhung des Teuerungszuschlags zu vertagen und erneute Ermittelungen nach der angegebenen Richtung hin anzustellen.

Schöffengericht

Der Fleischer Richard Brode hatte wegen Vergehens gegen die Verordnung über die Regelung des Fleischverbrauchs einen Strafbefehl über einen Monat Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe erhalten und dagegen Einspruch erhoben. Die Beweisaufnahme vor dem Schöffengericht ergab, daß der Angeklagte im März auf einer Radtour nach Eisleben einem Manne mit einer kranken Kuh begegnet war, der ihn nach einer Unterkunftsgelegenheit für das kranke Tier gefragt hatte, worauf Br. ihn zu einem H. in Nietleben verwies, wo die Kuh auch untergestellt wurde. Der Besitzer der Kuh war dann fortgegangen, bald aber in Abwesenheit des H. zurückgekehrt und hatte dann die Kuh geschlachtet; die beiden Schlachtungen wurden als Geheimschlachtungen angesehen, daher der Strafbefehl erlassen. Das Schöffengericht kam im ersten Falle zu einer Freisprechung des Angeklagten, verurteilte ihn aber wegen der unerlaubten Schlachtung des Ochsen zu einer Geldstrafe von 500 Mark, indem es seine Angabe, es habe sich um eine Notschlachtung gehandelt, nicht gelten ließ. Das Fleisch wurde beschlagnahmt, als es nach Halle eingeführt werden sollte.

Ein Eisenbahnschaffner, der 22 Jahre im Dienste der Eisenbahn tätig gewesen war, hatte am 25. Februar, nachdem der Eisenbahnerstreik ausgebrochen war, abends gegen ½9 Uhr an der Viehrampe des Güterbahnhofes Streikposten gestanden. Als der Eisenbahnarbeiter Schr. und der Oberbahnassistent L. den Güterbahnhof betreten wollten, um zu sehen, ob sie Dienst würden tun können, fragte der Angeklagte nach dem Ausweise der beiden Beamten, wobei er erklärte, er könne nur Ausweise mit der Unterschrift der Streikleitung „ges. Hennig" anerkennen. Er wies also beide ab, als diese Ausweise nicht beigebracht wurden. Die Eisenbahndirektion hatte daraufhin am 22. Mai Strafantrag wegen Nötigung gemäß § 114 gestellt. Die Verurteilung des Angeklagten erfolgte aber nach § 240; § 114 konnte keine Anwendung finden, da der Eisenbahnbetrieb infolge des Streiks ruhte und die beiden Beamten zur Unterlassung einer Amtshandlung daher nicht genötigt worden waren. Beide waren nicht zum Dienste gegangen, sondern hatten sich nur vom Stande der Dinge unterrichten wollen, von einer Nötigung konnte also nicht gesprochen werden. — Der Angeklagte war erst kurz vorher Mitglied des Eisenbahnverbandes geworden, hatte aber kurz nach dem geschilderten Vorfalle, als er kein Unrecht einsah, seinen Austritt angemeldet. Er gab selbst an, ein Opfer seiner Dummheit geworden zu sein. Die erste Strafe erhielt er am 31. März in Gestalt der Kündigung zum 30. April; der Angeklagte ist seitdem ohne Arbeit. Die verschiedenen Vorgesetzten haben dem Angeklagten das beste Zeugnis, er sei ein sehr tüchtiger Arbeiter, ein dienst- und pflichteifriger Mensch, der fünf und sechs Sonntage hintereinander, ohne zu murren, Dienst getan, sich überhaupt mustergültig geführt habe. Der Verteidiger bezeichnete den Angeklagten auch als ein Opfer der Verhetzung, was zweifellos zutrifft. Das Urteil lautete für beide Fälle auf eine Geldstrafe von zusammen 60 Mark.

Provinz Sachsen

Großer Kirchenraub

Heiligenstadt, 18. Juli.

Heute nacht wurde in der berühmten Wallfahrtskirche Hulfensberg die Monstranz und 4 Kelche im Werte von 15 000 Mark geraubt.

— **Jena,** 17. Juli. (Von der Universität.) Die Besuchsziffer der Universität Jena hat im laufenden Sommersemester das dritte Tausend überschritten. — Dem Universitätsmusikdirektor Rudolf Volkmann wurde die Erlaubnis erteilt, an der Universität Jena Uebungen praktischer Harmonielehre und Musikgeschichte zu halten.

△ **Jena,** 17. Juli. (Einführung der Kurzstunde in den Schulen.) Das weimarische Staatsministerium hat jetzt auf ein Gesuch des Jenaer Lehrerrates hin die Einführung der Kurzstunden in den Schulen nicht nur genehmigt, sondern direkt angeordnet. Dadurch wird der Nachmittagsunterricht ganz beseitigt. Diese Neueinrichtung hat bereits nach den Sommerferien in Kraft zu treten.

△ **Altenfeld** (Thür.), 17. Juli. (Großfeuer.) Die hiesige bedeutende Glasfabrik von Rose ist durch Explosion eines Gasbehälters und dadurch verursachtes Großfeuer total zerstört worden. Infolge des rascheren Umsichgreifen des Brandes war jede Gegenwirkung vergeblich. Auch die Büro- und Lagerräume sind niedergebrannt und das gesamte Arbeiter- und Büropersonal arbeitslos geworden. Der Schaden ist noch nicht zu übersehen, jedenfalls aber sehr groß.

△ **Weimar,** 17. Juli. (Eintreisesperre aufgehoben.) Die Eintreisesperre nach Weimar ist, wie jetzt amtlich bekanntgegeben wird, seit dem 15. d. M. aufgehoben. Man hat amtlicherseits diese für alle hiesigen wie auswärtigen Kreise bedeutsame Verfügung deshalb nicht sofort nach den Außenstellen gemeldet, um einen eventl. plötzlichen Andrang von Reisenden zu verhindern.

△ **Weimar,** 17. Juli. (Die Vaterländische Gesellschaft 1914 für Thüringen.) welche während der Kriegszeit eine bedeutende Rolle im Rahmen ihres Wirkungskreises gespielt hatte, ist definitiv aufgelöst worden. Der nicht unbedeutende Rest des Barvermögens ist der Kriegsgefangenenfürsorge restlos zugeführt worden.

Copyright by Carl Duncker 1918. (Nachdruck verboten.)

Das grüne Kuvert

27] Erzählung von Otfried von Hanstein.

In diese Stimmung fiel der Besuch des Kommerzienrats. Arnold konnte kaum zusammenhängend antworten, und beim Weggehen war der Chef im höchsten Grade erschüttert.

„Ich weiß selbst nicht, was ich sagen und denken soll. Mein ganzes Empfinden sträubt sich gegen solche Vorstellung einer fremden Willensübertragung — und doch — sein jetziger Zustand —"

Schlüter warf ein:

„Der Schließer hat mir gesagt, Rechtsanwalt Walther war bei ihm."

„Jawohl, er hat auch schon einen dringlichen Antrag eingebracht, den Gefangenen sofort zur Untersuchung seines Geisteszustandes in die Charité zu überführen."

„Und ich möchte mich diesem Antrag aus vollster Ueberzeugung anschließen. Ich halte sogar Gefahr im Verzug. Auch der Schließer ist besorgt. So ein Mann hängt sich plötzlich am Bettpfosten auf."

Rodewald warf ein:

„Halten Sie diesen Zustand für Schuldbewußtsein?"

„Ganz und gar nicht. Ich halte ihn eigentlich für die Qualen eines an sich anständigen Menschen, der die Ueberzeugung hat, gegen seinen Willen als Lump gehandelt zu haben."

„Herr Kommissar, verrennen Sie sich nicht auch zu sehr in Ihre Theorie und behalten wir klaren Verstand. Es kann ebensogut, oder wahrscheinlicher, ein absichtliches Manöver sein."

„Jedenfalls würde ich ihn der Aufsicht des Psychiatschers übergeben."

„Das soll schnellstens geschehen."

Die Herren fuhren wiedere in die Stadt und als Grete Hamis am nächsten Tage noch einmal den Versuch machte, Arnold zu sehen, wurde ihr der Bescheid:

„Unmöglich, wird zurzeit in der Charite auf seinen Geisteszustand untersucht."

Grete fuhr zum Rechtsanwalt.

„Augenblicklich können wir gar nichts machen, sondern müssen das Urteil der Aerzte abwarten."

„Nun haben sie ihn richtig um seinen Verstand gebracht!" sagte sie am Abend zu Andreas und sah ihn vorwurfsvoll an.

„Jetzt duft du gar, als sei ich daran schuld?"

„Bist du auch! Wenigstens mitschuldig! Weil du auch daran glaubst. Er ist unschuldig in jeder Weise. Er hat es weder mit noch ohne Bewußtsein getan, das sage ich dir."

Andreas zuckte die Achseln. Was konnte er erwidern, sein Herz sprach ja ebenso, wenn auch sein Verstand es zur Ruhe brachte. Aber Grete fuhr fort.

„Denk mal, wie dir zumute wäre, wenn sie dich verhafteten?"

„Mich?"

Ein jähes Rot schoß über seine Wangen.

„Nun ja. Hast du den Schreck nicht vierundzwanzig Stunder verwahrt? Wenn er ihn in den zehn Minuten eingelöst haben soll — wenn man ihm alles zutraut — könnte man nicht ebenso leicht denken, daß du es getan hast, der ihn vierundzwanzig Stunden hatte?"

Jetzt war Andreas aufschaß geworden.

„Um Gotteswillen, Grete, wie kannst du so etwas sagen — auch nur im Scherz — auch nur, wenn wir allein sind — —"

Er war ganz fassungslos.

„Ich weiß ja ganz genau, daß du einer solchen Tat ebensowenig fähig bist wie Arnold — aber wenn ich jetzt ein Kriminalbeamter wäre und du benähmest dich so, wie du jetzt tust — das sähe ganz nach bösem Gewissen aus."

Er versuchte zu lachen, aber es gelang ihm schlecht.

„Wenn du auch so etwas sagst. Aber du hast Recht, man soll nicht vorschnell urteilen. Nun, ich bin ja, Gott sei Dank, von aller Verdachtsmöglichkeit befreit. Ein Segen — jener Zufall mit dem Film, der den Beweis so klar liefert — hast Recht, sonst läße ich vielleicht auch in Moabit."

„Greffen, was sprecht Ihr denn so erregt?"

„Die Mutter!"

Sie huschte hinein, blieb aber vorläufig hinter ihrem Stuhl, damit sie ihr nicht in das Gesicht sehen konnte. Das war ja das allerschwerste von allem, der armen Kranken gegenüber alles zu verschweigen.

„Wo ist denn Andreas?"

„Nochmal ins Geschäft, du weißt ja, er muß jetzt immer Ueberstunden machen und Arnold vertreten."

„Der gute Junge. Bleibt denn Arnold noch lange fort?"

„Ich weiß es nicht. Ein paar Wochen können es wohl noch sein, sagt Andreas. Er muß doch die Filiale in Kopenhagen erst einrichten."

„Wie prachtvoll, daß er sich so herausgemacht hat. Das ist doch ein großer Vertrauensbeweis! Und wie hübsch, daß Andreas und Arnold so zusammenhalten. Wenn nur der Andres sich nicht überarbeitet."

Das mußte sie alles mit anhören und noch dazu lächeln und das Lügengewebe immer weiter spinnen!

Wie gut hatte es Andreas! Der verbrachte einfach die Abende außer Haus und die Mutter bedauerte ihn noch. Sie aber mußte immer auf ihrer Hut sein und nicht einmal des Nachts durfte sie laut weinen, denn die Kranke hatte einen leisen Schlummer.

Ungefähr acht Tage später war der Kommissar Schlüter wieder einmal bei dem Kommerzienrat Rodewald und hatte mit ihm allerhand zu besprechen, als der Hausdiener Schröder eintrat und in der Tür stehen blieb.

„Was wollen Sie, Schröder?"

„Ich wollte man sagen, daß ich nu jehe. Heut ist ja der Erste."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191907191-17/fragment/page=0003

„H. Z." Sportberichte

Die leichtathletischen Meisterschaften des Saalegaues

Am nächsten Sonntag wird der Saalegau über seine Leichtathleten Heerschau halten. Auf dem Platze des Halleschen Fußballklubs von 1896 werden sich auch in diesem Jahre die Kämpfe abwickeln. Wir sind überzeugt, daß die Leistungen im ersten Friedensjahre bei weitem bessere sein werden, als im Vorjahre. Das Programm ist sehr reichhaltig und die Konkurrenzen werden sich fast über den ganzen Tag erstrecken. Die Frage nach den voraussichtlichen Siegern steht natürlich im Vordergrund. Wenn wir auch mit Ueberraschungen rechnen müssen, so sind doch einige Anhaltspunkte durch das Sportfest des Ausschusses für Leibesübungen und durch die Beteiligung der Vereine an größeren auswärtigen Veranstaltungen gegeben. Und so wollen wir versuchen, wenigstens etwas das Dunkel zu lichten, das über den Kämpfen liegt. Die 100 Meter-Meisterschaft sollte Hüttmann-Halle 96 nicht zu nehmen sein. Verteidiger der Meisterschaft ist Speyer-Halle 96; er dürfte aber nur auf Platz enden. Die Zeit von 11 Sek., die Hüttmann beim letzten Sportfest für die 100 Meter benötigte, ist so glänzend, daß ihm niemand hier gefährlich werden kann, wenn das Rennen ohne Zwischenfall gelaufen wird. Neu ist in diesem Jahre der Lauf über 800 Meter, der eine sichere Beute von Jahnke-Halle 96 werden sollte. Ein scharfer Mitbewerber über diese Strecke ist Meißner-Hohenzollern-Merseburg, der auch die 1500 Meter-Meisterschaft zu verteidigen hat. Da Jahnke diesem Rennen fernbleibt, sollte Meißner wieder siegreich sein. Auf den Plätzen erwarten wir Orling-Halle 96, Apitzsch-Wacker, Jaentsch und Biedermann vom Sportverein 98. Auch Oswald-Halle 96, der ehemalige Meister über diese Strecke, sollte vorn enden. Der Dreikampf (200 Meter-Lauf, Weitsprung, Speerwerfen) ist eine offene Sache. Verteidiger ist Cloubert vom Turn- und Sportverein. Drei Staffelläufe (4 × 100 Meter, 3 × 1000 und olympische Staffel 800 × 400 × 200 × 200) beenden die Laufkonkurrenzen. Halle 96 hat in den 4 × 100 Metern den

Wanderpreis der „Halleschen Zeitung"

zu verteidigen. Siegt Halle 96 auch in diesem Jahre, dann geht der Wanderpreis endgültig in den Besitz des Vereins über. Mit der Staffel Speyer, Eckhardt, Jahnke, Hüttmann ist Halle 96 nicht zu schlagen. Offener ist der Ausgang des 3 × 1000 Meter-Staffellaufs. Trotzdem glauben auch wir hier in der bewährten Mannschaft von Hohenzollern-Merseburg, die in Erfurt bei den nationalen Wettkämpfen gegen scharfe Konkurrenz als erste einlief, den Sieger zu erblicken. Halle 96 und Sportverein 98 werden den Merseburgern nichts schenken, so daß hier mit einer besseren Zeit als im Vorjahre (9 Min. 38,5 Sek.) zu rechnen ist. Verteidiger des Laufes ist Halle 96. Wer die olympische Staffel gewinnt, ist schwer zu sagen, da diese zum ersten Male in den Gaukämpfen gelaufen wird. Die Wurfkonkurrenzen sind stark besetzt. Das Kugelstoßen sollte wieder Wildgrube-Borussia, der Verteidiger der Meisterschaft, gewinnen, wenn nicht inzwischen eine neue Größe herangewachsen ist. Das Speerwerfen verteidigt Cloubert vom Turn- und Sportverein. Das letzte Sportfest zeigte indessen, daß hier eine starke Konkurrenz entstanden ist, die dem Altmeister einen neuen Sieg schwer machen wird. Im Vorjahre warf Dr. Weber-Halle 96 den Diskus am weitesten. In diesem Jahre startet Dr. Weber für den Turn- und Sportverein und hat gute Aussichten, seine Meisterschaft behalten zu können. Die Sprungkonkurrenzen bringen nur Hoch- und Weitsprung. Ob Cloubert (Hochsprung) und Meißner (Weitsprung) ihre Meisterschaften erfolgreich verteidigen werden, ist fraglich, da mit neuen Kämpen zu rechnen ist, die sicher mit besseren Leistungen — wenigstens im Weitsprung (5,33 Meter) — aufwarten werden.

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem ✱ versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet

Die Erzeugerpreise im Jahre 1919

Man schreibt uns von amtlicher Seite:

Das Reichsernährungsministerium hat mit Zustimmung des Staatenausschusses und des Volkswirtschaftlichen Ausschusses der Nationalversammlung durch Verordnung vom 15. Juli die Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse aus der Ernte 1919, soweit diese öffentlich bewirtschaftet werden, festgesetzt. Die neue Festsetzung bedingt durch die Tatsache, daß alle Produktionsmittel der Landwirtschaft, wie Löhne, Düngemittel, Maschinen und sonstiges Betriebsmaterial zum Teil um ein Vielfaches im Preise gestiegen sind, und daß die Betriebsmittel zurückgegangen und die Erträge gesunken sind. Um die Landwirtschaft leistungsfähig zu erhalten, war eine

Erhöhung des Getreidepreises ein zwingendes Gebot.

Ein Rückgang des Getreideanbaues wäre unvermeidlich, wenn die Höchstpreise die Produktionskosten nicht mehr decken würden, weil alsdann die Landwirtschaft gezwungen wäre, zu einer extensiven Wirtschaft überzugehen. Die Kostspieligkeit der Auslandszufuhren stellt die höchsten Anforderungen an die Produktion der heimischen Scholle.

Entsprechend der Steigerung der Produktionskosten ist der Roggenpreis für das Berliner Preisgebiet auf 405 M. festgesetzt, also um 100 M. oder 33 Prozent gegenüber dem Vorjahre erhöht worden. Die bisherigen Preisgebiete sind beibehalten. Etwas stärker als die Produktionskosten des Roggens sind diejenigen des Weizens gestiegen. Unter Berücksichtigung der bisherigen Spannung zwischen Roggen- und Weizenpreis und angesichts der größeren Ansprüche des Weizens an Pflege und Dünger erschien ein Preis von 450 M. für das niedrigste östliche Preisgebiet als angemessen und ausreichend. Der Preis der Gerste ist im Hinblick auf ihre weitgehende Heranziehung als Brotgetreide auf der Höhe des Roggenpreises gehalten, um so mehr als ihre Produktionskosten nicht hinter denen des Roggens zurückbleiben.

Um eine Verteuerung der Lebenshaltung der breiten Massen durch die Erhöhung des Brotgetreidepreises zu vermeiden, wird die Erhöhung des Brotgetreidepreises bis zum 1. Oktober

auf die Reichskasse übernommen

und der Mehrpreis gegenüber dem bisherigen Getreidepreis aus dem zur Senkung der Lebensmittelpreise zur Verfügung gestellten 1½ Milliardenfonds gedeckt.

Beim Kartoffelpreis waren die gegenüber der Vorkriegszeit um mehr als 100 Prozent gestiegenen Produktionskosten und die zurückgegangenen Erträge in Uebereinstimmung zu bringen. So mußte ein Grundpreis von 125 M. für die Tonne angemessen erscheinen. Er kann nach den regionalen Verschiedenheiten bis zu 145 M. erhöht werden.

Der Oelfruchtbau erfordert nach seiner Eigenart umfangreiche wirtschaftliche Vorkehrungen. Entsprechend der bisherigen Uebung war es daher erforderlich, bereits jetzt die Oelfruchtpreise für 1920 festzulegen. Im Interesse der Fettversorgung besteht das dringende Bedürfnis einer besonderen Förderung des Oelfruchtbaues, wobei zu berücksichtigen war, daß die Oelfrüchte als starke Stickstoffzehrer bei dem bisherigen Preis auch von dem Gesichtspunkt der Gestehungskosten aus nicht voll ausreichen. Nach der Bewertung des in den verschiedenen Oelfrüchten enthaltenen Eiweißes sieht daher die Verordnung eine Erhöhung der bisherigen Preise vor.

Neben den Preisen für die vegetabilischen Erzeugnisse setzt die neue Verordnung auch die Schlachtviehpreise fest, wie dies angesichts der besonderen Dringlichkeit bereits durch die Verordnung vom 17. Juni für die Schlachtrinder vorläufig geschehen ist. Neben der Wiederholung der Preise für Schlachtrinder sind weiter Preise für Schlachtkälber und Schlachtschweine vorgesehen. Der Kälberpreis ist auf 120 M. für den Zentner Lebendgewicht, der Preis für Schlachtschweine auf 120 M. festgesetzt. Um die beständigen Ueberforderungen auf den Ferkelmärkten zu beseitigen, sind außerdem für Ferkel und Läuferschweine Richtpreise von 10 bzw. 6 M. für das Kilogramm Lebendgewicht vorgesehen.

Die Preiserhöhungen dürften

den berechtigten Klagen der Landwirtschaft

über ein Zurückbleiben der Preise hinter den Gestehungskosten voll gerecht werden. Sie werden dazu beitragen, den Schleichhandel zugunsten der gesetzlichen Ration wesentlich einzuschränken. Wird dieses Ziel erreicht, so braucht die Erhöhung der Preise nicht notwendig eine entsprechende Erhöhung der Kosten der Lebenshaltung nach sich zu ziehen, weil die gegenwärtige Schleichhandelsration oder wenigstens ein Teil davon auf die legale Versorgung übernommen würde.

Neben einer ausreichenden Preisnormierung ist zur Förderung der Produktion und zur Verbilligung der Erzeugnisse vor allem auch die Bereitstellung eiweißhaltiger Futtermittel dringend geboten. Andererseits besteht der dringende Wunsch der Verbraucher, das Brot wohlschmeckender zu gestalten. Falls die begründeten Aussichten auf namhafte Getreideeinfuhr aus dem Ausland sich erfüllen und die Eingänge aus heimischer Ernte, ungefährdet durch Landarbeiterstreiks, sich normal gestalten, wird darum die Ausmahlung des Brotgetreides auf 81 Prozent herabgesetzt werden. Dadurch würde sowohl dem Bedürfnis der Landwirtschaft nach Kleie als auch dem Wunsche der Verbraucher nach Verbesserung des Brotes Rechnung getragen.

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. Bei stillem Geschäft und nicht einheitlicher Kursbildung war die Haltung an der Börse im allgemeinen behauptet. Die Umsätze in Kriegsanleihe werden geringer, die Kurse schwanken zwischen 83⅞ und 83½. Auch Schatzscheine und alte heimische Anleihen lagen still bei behaupteten Kursen. Türkischer Tabak war neuerdings 15 Prozent höher, Orientbahn verlor von einer anfänglichen fünfprozentigen Besserung wieder 2 Prozent. Schiffahrtswerte lagen still. Behauptet waren oberschlesische Montanwerte mit Ausnahme von Kattowitzer. Hohenlohe lag fest. Sonst war die Kursbildung am Montanmarkt uneinheitlich. Petroleum-, Kolonialwerte und Kanada schwankten geringfügig. Deutsche Waffenaktien setzten auf Positionslösungen der Großinteressenten den gestern an der Nachbörse begonnenen Rückgang fort. Auch Rheinmetall büßten 6 Prozent ein. Sonst war es allgemein still. Oesterreichische und ungarische Renten waren fest. Der Einheitskurs für Industriewerte war abgeschwächt. Die Börse schloß überwiegend schwächer.

Produktenbericht. In der Marktlage im freien Warenverkehr sind Veränderungen kaum eingetreten. In Heu und Stroh besteht nach wie vor Angebot, das insbesondere in Heu stark ist. Das gleiche gilt auch von Lupinen. Serradella liegt still. In größeren Mengen werden Mairüben angeboten. Doch ist über Abschlüsse noch nichts zu erfahren.

Im freien Verkehr wurden nichtamtlich ermittelt

Eisenbahn-Aktien:	
Halberstadt-Blankenb.	81,—
Halle-Hettstedter	71,50
Schantungbahn	130,—
Allg. Lokal-Str.	131,—
Gr. Berl. Str.	123,75
Magdeburger Str.-B.	—,—
Lux. Prinz Heinrich.-B.	206,—
Orientbahn	241,—
Schiffahrts-Akt.:	
Hambg. Paketfahrt	100,—
Hambg.-Südamerika	169,—
Hansa-Dampfschiff	223,75
Nordd. Lloyd	102,—
Banken:	
Bank für Thür.	—,—
Berl. Handelsges.	154,25
Comm u. Diskontobank	124.50
Darmstädter Bank	109,75
Dess. Landesbank	—,—
Deutsche Bank	196,20
Diskonto-Comm.	155,75
Dresdner Bank	134,—
Credit-Anst. Leipzig	136,—
Mitteld. Kreditbank	114.—
" Privat-Bank	110,75
Nationalbank	—,—
Oesterr. Kredit	—,—
Reichsbank	149,25
Industrie-Aktien:	
Schultheiss-Brauerei	250,—
Akt. f. Anilin	247,—
Allgem. Elektr.-Ges.	178,⅞
Ammendorfer Papierf.	—,—
Anhalter Kohlenw.	168,—
Annaberger Steingut	182,—
Badische Anilin	322,50
Bergmann-Elekt.-Akt.	147,—
Berl. Masch.-Bau	210,—
Bismarckhütte	212,—
Bochumer Gußstahl	190,—
Chem. Fabrik Buckau	118,—
Chem. Griesheim	204.75
Chem. v. Heyden	225,—
Consolidation Schalke	237,—
Cröllwitzer Papierfabr.	213,—
Daimler-Motoren	205,—
Deutsch-Luxemburg	147,—
Deutsche Uebersee-El.	218.75
Deutsche Erdöl	309,—
Deutsche Gasglühl.	385,—
Deutsche Kali	173.50
Deutsche Waff. u. Mun	202,75
Donnersmarkhütte	200,—
Döring u. Lehrmann	119,50
Dürkoppwerke	295,—
Elberfelder Farben	293,—
Felten u. Guilleaume	161.—

Gasmotoren Deutz	137,—
Gebhardt u. Co.	238,—
Gebhardt u. König	81,—
Gelsenkirch. Bergb.	179,—
Glanziger Zuckerfbr.	272,50
Hallesche Masch.-Fabr.	314,—
Hann. Masch.	216,—
Harpener Berg	165,50
Hasper Eisen	155,—
Hirsch Kupfer	220,—
Höchster Farbw.	298.75
Hoesch Eisen u. Stahl	211.50
Hohenlohe-Werke	116,—
Humboldt-Masch.	133,⅞
Ilse-Bergbau	—,—
Kahla-Porzellan	306.50
Kaliw. Aschersleben	161,50
Körbisd. Zucker-Akt.	—,—
Kyffhäuserhütte	—,—
Lahmeyer u. Co.	119,75
Lauchhammer	167,—
Laurahütte	167,75
Linke u Hofmann	276,75
Ludwig Loewe u. Co.	234,—
Lothringer Hütte	155,—
Mannesmannröhren	176,50
Oberschl. Eisenb.-Bed.	135.50
do. Caro Heg.	146,—
do. Kokswerke	208,—
Orenstein u. Koppel	171,⅞
Phönix-Bergb.	195,—
Rhein. Metall-Vorz.	185,25
Rhein Stahlwaren	145,—
Riebeck. Montan	189,—
Rombacher Hütten	148,⅞
Rositzer Braunk.	119,25
Rositzer Zucker	155,—
Sangerhäuser Masch.	232,—
Hugo Schneider u. Co.	188,75
Schuckert u. Co.	194,50
Siemens u. Halske	163,50
Stettiner Vulkan	106,—
Stollberger Zinkh.	113,75
Strals. Spielkarten	238,—
Thale-Eisenhütte	246,—
Triptis-Akt.-Ges.	176,75
Türkische Tabakregie	473,—
Ver. Köln-Rottweiler	182,—
Glanzstoff Elberf.	460,—
Wegelin u. Hübner	154,—
Wersch.-Weissenf. Brk.	—,—
Westeregeln-Alkali	219,75
Wittener Gußstahl	193,—
Wrede-Mälzerei	120,—
Zeich.-Kriebitsch. Brk.	—,—
Zeitzer Masch.	350,—
Zellstoff Walthof	180,—
Otavi-Minen	130,50

Kirchl. Anzeigen von Halle u. Vororten.

5. Sonntag nach Trinitatis, den 20. Juli 1919.

Zu U. L. Frauen: Vorm. 8 Uhr Divisionspf. a. D. Heindorf. Vorm. 10 Uhr Oberpf. Jahr. Kollekte für das Magdalenenasyl Zoar in Wolmirstedt. Die Kindergottesdienste fallen in den Ferien aus.

St. Ulrich: Vorm. 8 Uhr P. Thiede. Vorm. 10 Uhr P. Wagner. Vorm. 11½ Uhr Franck. Kindergottesdienst (Martinschule P. Heintke. Nachm. 2 Uhr Kindergottesdienst (Kirche) Oberpf. Richter.

Ostbezirk (Krondorferstr. 6a): Vorm. 10 Uhr Gottesdienst.

Johanneskirche: Vorm. 8 Uhr P. Kindervater. Vorm. 10 Uhr P. Butz. Kindergottesdienst nachm. 2 Uhr P. Kindervater. Mittwoch ab. 8 Uhr Bibelstunde Rud.-Haymstr 37.

Zu St. Moritz: Vorm. 8 Uhr P. emer. Wagner. Vorm. 10 Uhr Oberpf. Keller.

Hospital: Vorm. 8¾ Uhr Oberpf. Keller.

St. Georgen: Vorm. 8 Uhr Vikar Hannig. Vorm. 10 Uhr P. Hellmann (Abendmahl). Montag ab. 8 Uhr Bibelbesprechung im Gemeindehause P. Giseke. Mittwoch ab. 8 Uhr Bibelstunde in der Georgskapelle P. Giseke. Paul Riebeck-Stift: Vorm. 10 Uhr Vikar Hannig.

Domkirche (reform. Gemeinde): Vorm. 8¼ Uhr akadem. Gottesdienst Prof. D. Eger. Vorm. 10 Uhr Dompred. Geh. Konf.-Rat Josephson. Abends 6 Uhr Vikar Wind. — Dienstag abends 8 Uhr biblische Besprechung Kl. Klausstr. 12. — Freitag abends 8 Uhr Wochenandacht Dompred. Geh. Konf.-Rat Josephson.

St. Laurentiuskirche: Vorm. 8 Uhr P. Knak. Vorm. 10 Uhr P. Förster. Vorm. 11½ Uhr Kindergottesdienst Derselbe. Dienstag ab. 8 Uhr Bibelbespr. im Gemeindehause P. Förster.

St. Stephanuskirche: Vorm. 8 Uhr P. Förster. Vorm. 10 Uhr Geh.-Rat Prof. Haußleiter. Sammlung für das Magdalenenasyl Zoar. Donnerstag ab. 8 Uhr Zeitandacht im Gemeindehause Sup. Meinhof.

Diakonissenhaus: Vorm. 10 Uhr Konf.-Rat Gutschmidt.

Pauluskirche: Vorm. 8 Uhr cand. theol. Rudloff. Vorm. 10 Uhr Hilfspred. Teege. Nachm. 2 Uhr Kindergottesdienst. Nachm. 3½ Uhr Hanna-Gemeinschaft P. Haberland. Mittwoch ab. 8¼ Uhr Gemeinschaftsstunde P. Haberland.

St. Bartholomäus: Vorm. 8 Uhr P. Kunitz. Vorm. 10 Uhr Vikar Wind. Freitag ab. 8 Uhr Bibelbesprechung im Vereinszimmer Pestalozzistraße 4 (Sup. Hellwig).

St. Petrus: Vorm. 10 Uhr P. Kunitz.

Halle-Trotha: Vorm. 10 Uhr P. Bode.

Evang.-luth. Gemeinde Weidenplan 4: Vorm. 10 Uhr Gottesdienst.

Stadtmissionshaus (Weidenplan 4): Sonntag ab. 8¼ Uhr Vortrag. Redner Geheimrat v. Dobschütz. Nachm. 5 Uhr Verein junger Mädchen. Dienstag ab. 8½ Uhr Bibelstunde. Mittwoch ab. 8½ Uhr Christl. Verein jg. Mädchen. Freitag ab. 8¼ Uhr Allgem. Betstunde. Sonnabend ab. 8¼ Uhr Familien-Blaukreuzversammlungen Weidenplan 4, Hohenzollernstr. 11, Schmiedstr. 21. — Filiale Schmiedstr. 21: Donnerstag ab. 8¼ Uhr Bibelst. m. Besprechung. — Filiale Rudolf-Haymstr. 37: Sonntag ab. 8¼ Uhr allgemeine Gemeinschaftsstunde.

Bund Hallescher Gemeinschaften. 1. Domgemeinschaft Kl. Klausstr. 12 Dienstag ab. 8¼ Uhr Bibelst. m. Besprech. 2. Gemeinschaft der Johannesgemeinde Rud.-Haymstr. 37: Sonntag ab. 8¼ Uhr allgem. Gemeinschaftsst. Donnerstag nachm. 3½ Uhr für Frauen. 3. Paulus-Gemeinschaft Hohenzollernstr. 11: Freitag ab. 8 Uhr Gemeinschaftsstunde. 4. Gemeinschaft der Stadtmission Weidenplan 4: Dienstag ab. 8¼ Uhr Bibelst. m. Besprechung.

Christliche Gemeinschaft Margaretenstr. 5: Nachm. 3 Uhr Vereinigung junger Männer, abends 8½ Uhr Evangel.-Vers., Mittwoch ab. 8½ Uhr Vereinig. jg. Mädchen, Donnerstag ab. 8½ Uhr Bibelstunde.

Gemeinschaftssäle, Alte Promenade 8. Vorm. 10 Uhr Bibelbesprechstunde, vorm. 11¼ Uhr Kinderstunde, abends 8 Uhr öffentlicher Vortrag von Herrn Samuel, Donnerstag ab. 8 Uhr Bibelbesprechstunde.

Friedenskirche (Baptisten) Ludwig-Wuchererstr. 39: Vorm. 9 Uhr Gebetsandacht, vorm. 9½ Gottesdienst (Pred. Sult, Eilenburg), vorm. 11—12 Uhr Kindergottesdienst, nachm. 4 Uhr Gottesdienst (Pred. Sult). Mittwoch ab. 8 Uhr Gebetstunde. Nietleben (Quellgasse 22c): Vorm. 9½ Uhr Gottesdienst, 11—12 Uhr Kindergottesdienst, nachm. 3 Uhr Gottesdienst. Donnerstag ab. 8 Uhr Versammlung.

Methodisten-Gemeinde Magdeburgerstr. 27: Vorm. 9½ Uhr Gottesdienst, vorm. 11 Uhr Sonntagsschule, ab. 8 Uhr Gottesdienst, Donnerstag abends 8 Uhr Bibelstunde.

St. Franziskus- u. Elisabethkirche: Morg. 7 Uhr Frühmesse, vorm. 8 Uhr hl. Messe mit Predigt, 9½ Uhr Kindergottesdienst, 10¾ Uhr Hochamt mit Predigt nachm. 5 Uhr Predigt und Andacht für den Mütterverein, ab. 7½ Uhr Segensandacht. An den Wochentagen sind morgens 7¼ und 8 Uhr hl. Messen.

St. Barbara-Kapelle (Barbarastr.): Vorm. 9 Uhr Hochamt mit Predigt, nachm. 2 Uhr Segensandacht.

Kathol. Kirche Ammendorf-Radewell: Früh 7 Uhr Frühmesse mit Predigt, vorm. 9½ Uhr Hochamt m. Predigt, nachm. 3 Uhr Segensandacht.

Diemitz: Vorm. 9½ Uhr Predigtgottesdienst, vorm. 10½ Uhr Kindergottesdienst; Pfarrer Petzold.

Ammendorf: Vorm. 10 Uhr P. Balthasar. — Beesener Kirche: Vorm. 10 Uhr P. v. Stein.

Böllberg: Vorm. 10½ Uhr Gottesdienst P. Nitzschke.

Wörmlitz: Vorm. 9 Uhr Gottesdienst P. Nitzschke.

Büschdorf: Vorm. 8 Uhr P. Ullmann.

Reideburg: Vorm. 10 Uhr P. Ullmann.

Dölau: Vorm. 8½ Uhr Gottesdienst P. Dietz.

Lettin: Vorm. 11 Uhr Gottesdienst, mittags 12 Uhr Kindergottesdienst P. Dietz.

Seeben: Vorm. 10 Uhr P. D. Jenrich.

Kirchliche Vereine.

Mariengemeinde: Jünglingsverein am Sonntag keine Versammlung. Jungfrauenverein Sonntag ab. 8 Uhr Vers. im Konfirmandenz. An der Marienkirche 1. Mittwoch ab. 8 Uhr Turnen in der alten Volksschule Neue Promenade 13. Evangel. Mädchenverein Sonntag ab. 8 Uhr Sophienstr. 6 (Marthahaus).

St. Ulrich: Ev. Männer-, Jünglings- u. Jugendverein Sonntag ab. 8 Uhr Vers., Mittwoch ab. 8 Uhr beide Abt. Vers., 9½ Uhr Bibelstunde, Freitag ab. 8 Uhr Musikabt. Charlottenstr. 15 P. Richter. Evgl. Jungfrauenverein Montag nachm. 5½ Uhr Kl. Märkerstr. 1 P. Richter. Franck. Jünglingsverein Sonntag ab. 7½ Uhr Vers. Charlottenstr. 19, Mittwoch ab. 7 Uhr Turnspiele (Peißnitz), Sonnabend ab. 8 Uhr Turnen (Reform-Gymnasium Friesenstr.) P. Heintke. Evgl. Jungfrauenverein Montag ab. 8 Uhr Kl. Märkerstr. 1 P. Heintke.

Ostbezirk (Grimmstraße 4 pt.): Jugendver. Sonntag ab. 7½—9½ Uhr, Jung-Mädchenverein Montag ab. 8—10 Uhr, Donnerstag 8—10 Uhr P. Thiede. Kirchenchor Freitag abends 8 Uhr Landsbergerstr. 68.

Johanneskirche: P. Faßmer (Rud.-Haymstr. 37): Abt. jg. Männer Sonntag nachm. 4 Uhr, Abt. jg. Mädchen Donnerstag ab. 8 Uhr Jugendbundstunde. — P. Kindervater (An der Johanneskirche 2): Sonntag nachm. 4 Uhr Jungfrauenv., ab. 8 Uhr Jünglingsver. — Gesangverein Montag ab. 8½ Uhr Uebungsstunde Merseburgerstr. 10. — Frauenverein Mittwoch nachm. 3½ Uhr Lindenstr. 78 P. Kindervater.

Zu St. Georgen: Kirchenchor Dienstag ab. 8—10, Flickschule II Mittwoch nachm. 2—4 im Gemeindehause. Ev. Verein jg. Männer (P. Giseke) Sonntag ab. 7—10. Jungfrauenverein I (P. Witte) Sonntag ab. 8 Uhr im Pfarrh., II (P. Giseke) Dienstag ab. 8 im Gemeindehause. Vereinig. konfirm. jg. Mädchen (P. Hellmann) Donnerstag ab. 8 Vereinsabend im Gemeindeh. Missions-Nähverein Montag nachm. 2½—4 im Pfarrhaus.

Domgemeinde: Jugendverein Sonntag ab. 7½ und Mittwoch abends 8 Uhr, Jungfrauenverein ältere Abt. Sonntag abends 8—10, jüng. Abt. Montag ab. 8—9½, Domkirchenchor Donnerstag ab. 8 Uhr Uebungsst. Kl. Klausstr. 12.

Neumarkt-Gemeinde (St. Laurentius und St. Stephanus): Jungfrauenverein jüngere Abt. Sonntag nachm. 4 Uhr Waldspaziergang, Treffpunkt Peißnitz. Jugendverein Sonntag ab. 8 Uhr im Gemeindehause P. Förster. Missions-Nähverein Mittwoch nachm. 3 Uhr im Gemeindehause.

Paulusgemeinde: Jugendverein Sonntag abend 8 Uhr cand. theol. Rudloff. Montag ab. 7 Uhr Turnspiele (Peißnitz). Mittwoch ab. 8 Uhr Turnen. Jünglingsverein Sonntag ab. 7¾ Uhr P. Haberland, Dienstag ab. 8 Uhr Bibelstunde, Freitag ab. 7 Uhr Turnspiele (Peißnitz). Jungfrauenverein Sonntag ab. 8 Uhr. Blaues Kreuz Sonnabend abend 8½ Uhr Diak. Deubel.

St. Bartholomäus (Halle-Giebichenstein): Evang. Männer- und Jünglingsverein Sonntag ab. 7 Uhr, Ev. Frauen- u. Jungfrauenverein Sonntag ab. ½8 Uhr Vers. Pestalozzistr. 4.

St. Petrus (Halle-Cröllwitz): Ev. Frauen- und Jungfrauenverein Sonntag ab 8 Uhr Versammlung, Dienstag Gesangstunde Dölauerstr. 24.

Halle-Trotha: Jungfrauen-Verein Sonntag nachm. 4 Uhr Versammlung der konfirmierten Töchter im Pfarrhause.

St. Franziskus- u. Elisabethkirche: Sonntag abends 6½ Uhr Vers. des Vincenzvereins. Mittwoch nachm. 5 Uhr Elisabethverein.

Wettiner Kirchennachrichten.

5. Sonntag nach Trinitatis, den 20. Juli 1919.

Nikolaikirche: Vorm. 9½ Uhr Oberpf. Jeschke. Vorm. 10¾ Uhr Kindergottesdienst; Derselbe.

Burgkirche Vorm. 9½ Uhr Burgprediger Calaminus.

Döblitz: Nachm. 1 Uhr Lesegottesdienst.

Zaschwitz: Nachm. 1 Uhr Oberpf. Jeschke.

Hauptschriftleiter Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher, für Volkswirtschaft und Sport: i. V.: Helmut Böttcher, für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Adolf Meyer.
Anzeigenteil: i. V.: Kurt Steinhauf; sämtlich in Halle a. S.
Verlag und Druck der Halleschen Zeitung Otto Thiele Halle a. S.
Verlagsdirektor: Robert Poetzsch. (Verreist).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191907191-17/fragment/page=0004